

Bericht über die letzte Sitzungsperiode im Juni 2023

„Widerspruch ist der Treibstoff der Demokratie.“

(JÖRG SOMMER)

Stadtrat:

Barrierefreie Bushaltestelle

Die ASGL hat einen Antrag auf einen Umbau der Bushaltestelle in der Rodewalder Straße , hin zu einer barrierefreien Bushaltestelle gestellt. Vorschlag war eine Erhöhung des Bordsteins auf beiden Seiten der Straße vorzunehmen und die Verwendung des „Kasseler Sonderboards“, damit die Busse dichter an den Bordstein heranfahren können, und so Personen mit Bewegungseinschränkungen aller Art besser in die Busse ein- und aussteigen können.

Außerdem wurde beantragt, dass dementsprechend mindestens eine Bushaltestelle in den weiteren Ortsteilen von Rethem barrierefrei angepasst werden sollen

Der Antrag wurde in den Bau- und Umweltausschuss verwiesen.

Samtgemeinderat:

Windenergie

Die ASGL hat eine Antrag zur Windenergie gestellt, in dem sie beantragt, dass 3,2% der Flächen in Rahmen der Bauleitplanung für Windenergienutzung im Flächennutzungsplan definiert werden. Nach dem am 24.03 im Kreistag beschlossenen Kriterien muss die Samtgemeinde vorrausichtlich 3,18% der Flächen für Windkraft zu Verfügung stellen. In einer Veranstaltung zum Ausbau von Windkraft am 22.02.23 in Ahlden wurde während des Bürgerdialogs bekannt gegeben, dass die Pläne der Samtgemeinde Rethem ebenfalls ähnlich weit wären und somit sieht die ASGL es kritisch, dass weder die Politik/ Ratsmitglieder, sowie die Bürger_innen der Samtgemeinde aktuell mit einbezogen werden und es auch noch keine Termine für zukünftige Austauschtermine mit dieser Themenschwere gäbe.

Die ASGL fordert mit dem Antrag, dass die Samtgemeinde, die Errichtung von Windenergieanlagen planungsrechtlich steuern soll und gemeinsam mit Mitgliedgemeinden Flächenbesitzern und Anlagenbetreibern ein schlüssiges Gesamtkonzept aufstellen soll, dass die Bürger und auch die Natur mit einbindet und berücksichtigt, damit wir uns vor „Wildwuchs“ der Windenergieanlagen schützen können.

Stadt- und Samtgemeinderat:

Änderung der Geschäftsordnung

Die ASGL hat beantragt, dass die Sitzung, für die Einwohnerfragestunde vor der Beratung der Tagesordnungspunkte, unterbrochen wird. Dies soll dafür sorgen, dass Bürger_innen sich zu einzelnen Tagesordnungspunkten im Vorfeld melden können und ihre Fragen loswerden können. Die Zeit für die Fragestunde sollte 30 min nicht überschreiten. Viele Einwohner haben oft Fragen bevor Tagesordnungspunkte beraten werden und melden sich am Ende der Sitzung, nachdem die Beschlüsse gefasst worden sind, häufig nicht mehr. Dies soll die Bürger_innen der Stadt- und Samtgemeinde mehr mitnehmen und ihnen signalisieren, dass ihre Anwesenheit und ihre Fragen erwünscht sind und wertgeschätzt werden. Der Antrag wurde zu weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen.

Anregung zur fachlichen Beratung

Die ASGL hat eine Anregung zu dem Ablauf der Vorbereitung von Beschlüssen gestellt. Vorbereitete Beschlüsse sollen in den zur Vorbereitung dienenden Unterlagen für die Ratsmitglieder erst nach der fachlichen Beratung in den Ausschüssen im Ratssystem auftauchen. Diese niedergeschriebenen Beschlüsse werden vom Rat in den jeweiligen Ausschüssen erst dann verfasst und nicht vorher von der Verwaltung vorbereitet. Herr Symank erklärte daraufhin, dass es schon gang und gebe sei, dass Beschlüsse die von den einzelnen Fraktionen kommen nicht kommentiert werden in Form einer Beschlussvorlage vor der Beratung, es aber durchaus Themen gibt, die eine Beschlussvorlage vor der Beratung benötigen.